

SOZIALER WOHNUNGSBAU – jetzt!

**Mietenexplosion und
Wohnungsnot stoppen!**

**Für eine städtische
Wohnungsbaugesellschaft!**

***Mit uns für ein soziales Flensburg:
Wohnungsnot und Mietendruck bekämpfen!***

Für sozialen Wohnungsbau und Mietendeckelung!

DAS NEHMEN WIR NICHT MEHR HIN:

In Flensburg herrscht Wohnungsnot – mindestens 5.000 Wohnungen fehlen derzeit für Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen.

Besonders betroffen sind Alleinerziehende, ältere (oft alleinstehende) Menschen und junge Menschen in Ausbildung, aber auch Familien mit Kindern. Dies ist eine zunehmende unzumutbare Belastung für viele Flensburgerinnen und Flensburger.

Die Mieten sind unverhältnismäßig, d.h. weit mehr als die meisten verfügbaren Einkommen, gestiegen.

Durch private und am Profit der Investoren und Vermieter orientierte Neubauten, aber auch durch Leerstände findet darüber hinaus eine Verdrängung von Menschen aus ihren angestammten Wohnmilieus, z.B. aus der Innenstadt oder der Neustadt, in die Randgebiete Flensburgs statt. Auch dort herrscht deswegen Wohnungsnot und Mietendruck. Viele Menschen können sich Wohnungen auf dem „freien Markt“ nicht mehr leisten, wenn allein die Kaltmieten mehr als ein Drittel der Einkommen ausmachen. Gleichzeitig sind die gesamten Nebenkosten rapide in die Höhe geschossen.

DESHALB...

Wir werden auch weiterhin eine soziale Wohnungspolitik im Rat einfordern...

...da diese selbst schon seit langem an den Bedürfnissen der Menschen vorbei planen und bauen lässt. Preiswertes Wohnen muss in allen Stadtvierteln möglich und das oberste Planungsziel sein – auch für die bevorstehenden Planungen am Ostufer!

Wir werden sichtbar auftreten und uns für soziale Wohnverhältnisse für alle Menschen einsetzen...

...um die Stadtverwaltung, aber auch die Verantwortlichen in Land und Bund zu einer sozialen Wohnungspolitik zu bewegen.

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen in Flensburg sind ein Grundrecht...

– und dafür lohnt es sich, für uns selbst und andere die Initiative zu ergreifen und zusammen aktiv zu werden.

Wir wollen ein soziales Flensburg für ALLE!

DAS FORDERN WIR FÜR UNS IN FLENSBURG:

Kommunale Wohnungsbaugesellschaft gründen:

Die Stadt muss ihren Einfluss auf den Wohnungsmarkt aktiv und zielführend mitgestalten, indem sie als Bauträger für neue, bezahlbare Wohnungen sorgt. **Wohnungsneubau muss zu mindestens 50 Prozent bezahlbare bzw. öffentlich geförderte Wohnungen umfassen.** – Andere Wohnungsgesellschaften müssen durch eine echte Mitbestimmung der Mieterinnen und Mieter demokratisiert werden.

Rück- und Ankauf von Wohnungen durch die Stadt ermöglichen:

Um den Druck vom Mietenmarkt zu nehmen, muss die Stadt Wohnungen durch Rückkauf bzw. Ankauf in die öffentliche Hand und in eine stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft überführen. Auch für solche Wohnungen muss eine öffentlich geförderte und soziale Zweckbindung ermöglicht werden.

Wohnungsl Leerstand bekämpfen:

Besonders in der Innenstadt stehen hunderte von Wohnungen leer. Diese Zweckentfremdung, die zur Spekulation und zur Wohnungsnot beiträgt, muss beendet werden. Dazu brauchen wir **eine kommunale Zweckentfremdungsabgabe**. Es ist notwendig, dass die Stadt die gesetzlichen Grundlagen dafür erhält. Steuerliche Vorteile bei Leerstand müssen gestoppt werden.

Wohnungsverfall stoppen:

Viele Wohnungen verfallen, weil Großvermieter nicht ausreichend in den Erhalt der Bausubstanz investieren. Hier muss es eine **Instandhaltungspflicht** geben, die nicht auf die Mieten umgelegt werden darf.

Verkauf von städtischem Grund und Boden stoppen:

Öffentliches Eigentum der Stadt muss für kommende Generationen erhalten bleiben und darf nicht verkauft werden. Wo privater Wohnungsbau möglich ist, muss dies auf Grundlage langfristiger Erbpachtverträge geschehen.

Verdrängung durch Mietsteigerungen verhindern:

Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen muss durch eine wirksame **Milieuschutzsatzung** verhindert werden, um die Wohnungen in den Stadtteilen für die dortigen Bewohnerinnen und Bewohner zu erhalten.



DAS FORDERN WIR FÜR LAND & BUND:

Mietsteigerungen deckeln:

Mieten dürfen generell um nicht mehr als die Inflationsrate erhöht werden. Für öffentliche Mietzuschüsse muss im Falle einer zulässigen Mieterhöhung eine ebensolche Steigerung erfolgen. Hier ist eine wirksame „Mietpreisbremse“ notwendig. Verstöße müssen nach dem Wirtschaftsstrafrecht geahndet werden.

Transparenz bei Neuvermietungen herstellen:

Oft heben Vermieter den Mietpreis bei Neueinzug erheblich an. Generell muss zukünftig erkennbar sein, wie hoch der Mietpreis vor der Neuvermietung war. Mieterhöhungen dürfen bei einem Neueinzug maximal 10 Prozent pro Wohneinheit in Bezug zur ortsüblichen Vergleichsmiete nicht übersteigen; dies muss in einer wirksamen „Mietpreisbremse“ festgeschrieben werden.

Luxussanierung zu Lasten der Mieterinnen und Mieter verbieten:

In vielen Fällen werden durch sog. Luxussanierungen (die teils staatlich gefördert werden, wie bei der „energetischen Sanierung“) die Mietpreise um mindestens 50 Prozent, oft sogar um das Doppelte, in die Höhe getrieben. Dies führt zur Verdrängung angestammter Bewohnerinnen und Bewohner. Bei einer Grundsanierung von Miethäusern darf die Miete zukünftig um nicht mehr als 10 Prozent pro Wohneinheit in den drei Folgejahren erhöht werden und muss sich an einem wirksamen Mietspiegel orientieren. Die zu hohe Umlage von Modernisierungskosten muss abgeschafft werden.

Soziale Zweckbindung dauerhaft festlegen:

Öffentlich geförderte Wohnungen dürfen nicht länger „aus der Förderung fallen“ und so dem profitorientierten Wohnungsmarkt ausgeliefert werden. Dafür sind steuerliche Fördermodelle, Privilegien bei der Grundstückvergabe, öffentliche Zuschüsse und Kredite notwendig.

Im Flensburger Rat kümmern sich SPD, Grüne und CDU weder um sinnvollen Wohnungsbau noch um ihre eigenen Wahlversprechen:

Nur DIE LINKE steht konsequent für sozialen Wohnungsbau ein!

„Das Augenmerk von Politik und Verwaltung muss beim Wohnungsbau zuallererst auf diejenigen gerichtet sein, die am meisten Hilfe benötigen!“

FRANK HAMANN
Ratsherr, DIE LINKE Flensburg



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:
Ratsfraktion
DIE LINKE Flensburg
Frank Hamann
Rathausplatz 1, 24937 FL

HIER SIND WIR:

E-Mail:
fraktiondielinkefl@gmx.de

www.die-linke-flensburg.de/ratsfraktion

Facebook:
Ratsfraktion
Die Linke Flensburg

Info-Telefon:
0461 85-1873